

**Basistreffen
zur Europawahl**
10. Februar, 18 Uhr,
„Kiezspinne“,
Schulze-Boysen-Straße 38



Foto: Kathrin Gerlof

Glastonnen müssen bleiben

Bereits im November mussten viele Mieterinnen und Mieter in Lichtenberg feststellen, dass die Glastonnen aus den Müllplätzen der Wohnungsgesellschaften entfernt worden waren. Mittlerweile sind fast alle Haushalte im Bezirk davon betroffen.

Was ist passiert? Die SPD-geführte Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat mit der „Duales System AG“ vereinbart, dass die Hausglastonnen und damit das sogenannte „Holsystem“ abgeschafft werden sollen. Stattdessen soll das Altglas nun zu zentralen Sammelstellen im Rahmen des „Bringsystems“ gebracht werden. Betroffen von dieser Vereinbarung sind die Bezirke Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick. Angeblich sei die Glasqualität in Berlin immer schlechter geworden, weil bei den Hausglastonnen nur nach Bunt- und Weißglas, aber nicht zusätzlich nach Braunglas sortiert werde.

Wahrscheinlich geht es der „Duales System AG“ einfach darum, Geld einzusparen. Ausbaden müssen das die Mieterinnen und Mieter. Es ist auch unerträglich, dass hier vom SPD/CDU-Senat Entscheidungen ohne

vorherige Bürgerbeteiligung gefällt wurden. Diese Regelung ist mieterfeindlich und auch unökologisch. Die zentralen Sammelstellen sind oft weiter vom Haus entfernt – eine Zumutung für ältere und/oder gehbehinderte Menschen. Vorhersehbar ist, dass Altglas verstärkt im Hausmüll oder in den verbleibenden Wertstofftonnen landet.

Die Sammlung an öffentlichen Plätzen ist außerdem nicht gesichert. Deswegen sind schon jetzt neue Schmutzdecken im Bezirk entstanden. Damit geht die Abschaffung der Hausglastonnen auch zu Lasten der Umwelt.

Die Frage ist, warum hat man das „Holsystem“ nicht einfach durch andere Tonnen mit Einwurfschlitzen und zusätzliche Braunglastonnen verbessert?

Auf Initiative der LINKEN hat die BVV beschlossen, sich beim Senat für den Erhalt der Hausglastonnen einzusetzen. Auch im Abgeordnetenhaus ist ein entsprechender Antrag gestellt worden. DIE LINKE bleibt am Ball! Protestieren auch Sie bei SPD und CDU gegen diese Entscheidung!

Sebastian Schlüsselburg,
stellvertretender Bezirksvorsitzender

Sein oder Nichtsein

Von Evrim Sommer, Bezirksvorsitzende der LINKEN. Lichtenberg

Die gegenwärtige Europäische Union ist wahrlich nicht „das Gelbe vom Ei“. Dennoch ist ein vereinigtes Europa eine gute Idee, und sie hat zutiefst linke Wurzeln. Leider hatte aber die politische Linke nie die Gestaltungsmacht und zuweilen auch nicht den Willen, ihre internationalistischen und solidarischen Ideen in die zwischenstaatliche Realität zu überführen.

So ist die Europäische Union – auch unter differenzierter Berücksichtigung all ihrer Facetten – momentan vor allem zur Beute des Kapitals geworden.

Eine verbindliche und sozial gerechte Zielsetzung fehlt ebenso wie die politische Ausrichtung darauf, Kriege als Mittel der Politik auszuschließen, basisdemokratische Entscheidungsprozesse zu ermöglichen sowie die Abschottung der EU vom Kontinent in seiner Gänze zu überwinden.

Die EU ist weitaus mehr an den Kapitalverwertungsinteressen der Konzerne und Banken orientiert als an einem Europa für die Menschen.

Auch unsere Partei DIE LINKE steht vor der Alternative, entweder diese gravierenden Fehlentwicklungen als gestaltungspolitische Herausforderungen anzunehmen sowie auf strategische und konkrete Veränderungen zu drängen oder aber die EU wegen ihrer Defizite grundsätzlich abzulehnen und sie zu verlassen.

Der zweite Weg hätte zur Konsequenz, dass dann im Europäischen Parlament überhaupt keine politische Kraft mehr wäre, um vorhandene positive Momente auszubauen und um den Kurs der EU an den Interessen der Menschen auszurichten.

Ich werde als Delegierte zum Europaparteitag der Partei DIE LINKE in Hamburg alles tun, damit wir uns für den ersten Weg entscheiden, und das wird auch mein ausschlaggebendes Kriterium dafür sein, welcher Kandidatin und welchem Kandidaten ich meine Stimme geben werde.



Erfolgreich trotz aller Hindernisse

Zum Jahresbeginn ist es nicht unüblich, gute Vorsätze zu fassen. Dieses Bedürfnis haben die Parteien der sogenannten Zählgemeinschaft in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) offenkundig nicht. Die Fraktion der LINKEN hat sich in der Vergangenheit daran gewöhnen müssen, dass dringliche Anträge, die nicht von SPD, CDU oder Grünen kommen, häufig nicht behandelt werden oder dass Initiativen in den Ausschüssen mit ihrer Mehrheit bis zum Sanktnimmerleinstag vertagt werden. Dieser Tradition bleiben diese drei Parteien auch im neuen Jahr treu.

Mit dem Boykott der BVV Anfang Januar übertreffen sie ihre bisherige Arroganz noch, da damit erstmals auch eine BVV-Debatte unterbunden wurde. Dieser schlechte Auftakt zum Jahresbeginn zeigt, es wird für die Linksfraktion nicht einfacher, die 35 Prozent der Wählerinnen und Wähler zu vertreten, die 2011 der LINKEN ihre Stimme gaben.

Nicht einfach heißt aber nicht, dass es unmöglich ist. Die Linksfraktion hat sich angesichts der Mietpreisentwicklung bewusst zum Top-Thema „Soziales Wohnen“ bekannt. Nimmt man die Zahl der BVV-Initiativen zum Thema Wohnen, übertrifft DIE LINKE alle anderen Fraktionen im Verhältnis

von 10:1. Dabei konnte auch Einiges erreicht werden. So wurde auf unseren Druck hin eine soziale Erhaltungsverordnung für das von Verdrängung durch Sanierung betroffene Wohngebiet an der Anna-Ebermann-Straße erlassen. Andere Initiativen, wie die, in den Stadtteilzentren eine unabhängige Mieterberatung anzubieten, scheiterten am Starrsinn von SPD, CDU und Grünen.

Neben dem Angebot an finanzierbarem Wohnraum wird uns künftig mehr die hauspolitische Stabilität des Bezirks beschäftigen. Diese war in den Jahren mit Christina Emmrich Kern der Bezirkspolitik und droht nun mit dem SPD-Bürgermeister Schaden zu nehmen. Insbesondere für 2015 droht ein Millionendefizit.

Schließlich werden wir genau auf die soziale Entwicklung im Bezirk achten. Zuzug und eine Zunahme der Geburten alleine sind noch kein Beleg für eine gute Entwicklung des Bezirks. Die Geschichte vom „Boom-Bezirk“ des Bürgermeisters gilt es angesichts des Anstiegs von Hilfen für Familien mit besonderen Problemlagen zu hinterfragen.

Auf eines können sich alle auch im neuen Jahr verlassen: eine konstruktive, kritische und bürgernahe Linksfraktion!

Christian Petermann

Plakatirrsinn bleibt

Im Zuge der vergangenen Wahl- und Abstimmungskampagnen hat es eine Zunahme der Laternenplakatierung gegeben. Mitunter befinden sich sechs oder mehr Doppelplakate an jeweils einem Laternenmast. Regelmäßig müssen vorschriftswidrig angebrachte Plakate (z. B. an Laternenmasten mit Verkehrszeichen) von den Parteien oder den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bezirksamtes wieder entfernt werden. Viele Plakate werden abgerissen und sorgen so für zusätzlichen Unrat auf den Straßen und in den Wohngebieten. Die Klagen der Lichtenbergerinnen und Lichtenberger über diese hohe Anzahl an Plakaten haben verständlicherweise zugenommen.

Die Linksfraktion in der BVV nahm die Beschwerden der Lichtenbergerinnen und Lichtenberger auf und schlug eine Beschränkung der Wahlplakatierung vor.

Im Hauptausschusses hatten die Vertreter der CDU und der SPD schon erklärt, dass sie eine Begrenzung der Wahlplakatierung

nicht mittragen werden. Bei der namentlichen Abstimmung stimmten die Vertreter der CDU, SPD und von Bündnis90/Die Grünen gegen den Vorschlag.

Die Ablehnung sei bedauerlich, sagt der hauspolitische Sprecher der Linksfraktion, Michael Grunst. „Obwohl Vertreter der ablehnenden Parteien einräumten, dass sie die Problembehebung teilten“, so Michael Grunst weiter, „siegte einmal mehr der Zwang in der Zählgemeinschaft von CDU, SPD und Bündnis90/Die Grünen zum monolithischen Abstimmen über die kommunalpolitische Vernunft.“



Foto: Jörg Rückmann

KOMMENTIERT

Schweigen ist Gold

Dass Reden Silber und Schweigen Gold sei, ist ein bekanntes Sprichwort, aber es stimmt nicht immer. Schweigen ist kein Gold, wenn der Bundespräsident konsequent den Mund hält, sobald es um das Abhören der ihm anvertrauten Bürgerinnen und Bürger durch US- und britische Spionage-Dienste geht. Zumal Herr Gauck ansonsten keine Gelegenheit versäumt, als Freiheitsapostel das Wort zu ergreifen und die „Stasi-Überwachung in der DDR“ zu geißeln.

Offensichtlich ist beim ersten Mann im Staate nicht ausschlaggebend, dass abgehört wird, sondern wer das macht. Nicht der Rede wert sind die aktuellen Abhörpraktiken der NSA, schonungslos zu brandmarken ist Abhören aber, wenn es früher von der „Stasi“ betrieben wurde. Solche Deutung ist sehr schlicht und hat was von Scharlatanerie.

Noch weniger ist Schweigen Gold, wenn es um das Verschweigen geht. Da wird im Programmentwurf der LINKEN zur Europawahl die neoliberale, militaristische und undemokratische Schiefelage der EU festgestellt. Besonders auf deutsches Drängen werden Hilfen zur Krisenbewältigung an die gnadenlose Kürzung von Sozialausgaben und die hemmungslose Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge geknüpft, zählen Militäreinsätze längst zum politischen Instrumentarium, werden parlamentarische Mehrheitsentscheidungen eiskalt durch Kommission und Ministerrat gekippt.

Nun kann und – wie ich finde – muss man darüber streiten, ob damit das Charakteristikum der EU abgebildet wird oder ob die EU nicht viel mehr und viel differenzierter ist. Aber verschweigen darf man es nicht. Doch die ganze hochgekochte Empörung richtet sich dagegen, dass DIE LINKE diese Missentwicklung eben nicht verschwiegen und den von ihr diagnostizierten Reformbedarf daraus abgeleitet hat. Das ist widersinnig und bigott.

Wobei übrigens das, was gegen DIE LINKE in diesem Zusammenhang gegefert wird, auch den ersten Teil des Sprichworts in Frage stellt, dass Reden angeblich Silber sei. Peter-Rudolf Zoltl

„Alles mit, durch und für die Bürger“

Die vergangenen zwei Jahre des Bezirksverbandes waren bestimmt von der kommunalpolitischen Arbeit, der Neuaufstellung des Bezirksverbandes und von einem erfolgreichen Bundestagswahlkampf. Die Bundestagswahl 2013 hat gezeigt, Lichtenberg war und bleibt eine Hochburg der LINKEN. Damit es so bleibt, ist mit Blick auf die kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament sowie zum Berliner Abgeordnetenhaus und der Bezirksverordnetenversammlung 2016 noch einiges zu leisten.

Die Lichtenberger LINKE muss sich jetzt in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), im Abgeordnetenhaus und als Bezirksorganisation gut aufstellen. Über die Stärkung ihres gestaltungspolitischen Profils sind die Weichen zur Stärkung des gestaltungspolitischen Einflusses in Lichtenberg zu stellen.

Die Linksfraktion in der BVV ist aufgefordert, 2014 eine gründliche und bis zu den Wahlen 2016 fortzuschreibende Bilanz der eigenen Aktivitäten zu erstellen und zu kommunizieren. Dazu gehört, den Gestaltungsanspruch als stärkste politische Kraft im Bezirk herauszustellen, aber auch aufzuklären, wo und wie die Zählgemeinschaft aus SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen sich schamlos selbst bzw. ihre Parteiinteressen bedient, sich den Bezirk „zur Beute“ gemacht hat und bereits erstrittene direktdemokratische Beteiligungsformen wie den Bürgerhaushalt und die Bürgerkommune in Lichtenberg schwächt.

Gleiches gilt für die Lichtenberger Abgeordneten der LINKEN im Abgeordnetenhaus.

Die Stärke der LINKEN: Partei für den Alltag sein und eine Vergesellschaftung der Politik durch die enge Einbeziehung von Bürger-, Kiez-, Betroffeneninitiativen in ergebnisoffene politische Entscheidungsprozesse sind Grundlage des politischen Handelns unserer Funktions- und Mandatsträger/-innen. Das verlangt jedoch, sich frühzeitig solidarisch mit den Betroffenen und mit der Zivilgesellschaft zu jedem bürgerrelevanten Problem, vor allem solchen, die den Alltag der Menschen betreffen und die durch die Bezirkspolitik beeinflusst und gestaltbar sind, zu verhalten. Solche Probleme sind z. B.: Glascontainer, Bundeswehr an Schulen, Unterstützung der Mieterinnen und Mieter, Hilfe für Jugendliche ...



Foto: Jörg Rückmann

Kein Thema, kein Problem ist zu klein. Nur so gelingt es, linke Programmatik auf die Alltags- und Lebensfragen herunterzubrechen, die Bürgerinnen und Bürger konkret bewegen.

Wir wollen, dass auch morgen alle Menschen in Lichtenberg ihre Mieten zahlen können, wir wollen, dass alle Zugezogenen sich in unserem Bezirk wohlfühlen, dass ihnen eine gute soziale Infrastruktur zur Verfügung steht. Die ältere Generation darf in Lichtenberg nicht abgehängt werden.

Die Stärke der LINKEN hat Lichtenberg in den letzten Jahren immer vorangebracht. Ein gute soziale Infrastruktur aus Kitas, Jugendfreizeiteinrichtungen, Schulen, Grünflächen, Spielplätzen sowie beispielhafte Bürgerbeteiligungsformen sind Ergebnis linker Kommunalpolitik. Daran gilt es, bei der Erarbeitung des Wahlprogrammes anzuknüpfen. Alles mit, durch und für die Bürgerinnen und Bürger.

Eine besondere Verantwortung kommt den Basisorganisationen und Ortsverbänden zu. Hier wollen wir die begonnen Veränderungen fortführen. Über unsere Basis muss die stärkere Verankerung aller Funktions- und Mandatsträger vor Ort stattfinden. Die Parteigliederungen wiederum sind aufgefordert, sich stärker kommunalpolitisch zu engagieren und die Zusammenarbeit der LINKEN mit Vereinen, Initiativen und aktiven Bürgern zu stärken.

Politische Kompetenz vermittelt sich über Inhalte, aber auch über Personen. Notwendige und gute Personalentscheidungen müssen genauso wie inhaltliche Angebote vorbereitet sein. Der Bezirksvorstand wird 2014

Fraktionsvorsitzender Christian Petermann nimmt Maß: DIE LINKE ist im Bezirk gut aufgestellt und will die Probleme der Lichtenberger/-innen zielsicher anpacken.

ein Bewertungs- und Anforderungsprofil für Kandidaten erarbeiten. Öffentlicher Bekanntheitsgrad, bürgerschaftliches Engagement, Mindestquotierung und eine U-30-Quote sowie die Neugewinnung von Funktions- und Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern aus Vereinen und Gremien des Bezirkes sind dabei zu beachten.

Ziel ist es, 2016 aus eigener Kraft alle Direktmandate in Lichtenberg zu erringen, in der Bezirksverordnetenversammlung stärkste Fraktion zu bleiben und natürlich als stärkste Kraft den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin zu stellen. Dies müssen wir durch eine fundierte und verstetigte Zusammenarbeit mit allen demokratisch politischen sowie mit den zivilgesellschaftlichen Kräften vorbereiten und die Weichen für die Wiedererlangung gestaltungspolitischen Einflusses stellen. Es gilt, die Gemeinsamkeiten mit den anderen demokratischen Kräften zu prüfen und in der praktischen Tagespolitik auszubauen, sich aber ebenso von Unvereinbarkeiten abzugrenzen und mögliche Kompromisslinien auszutarieren.

Bei der notwendigen Kritik an den drei Parteien der Zählgemeinschaft, gilt es auch, sie für eine lange in Lichtenberg gelebte politische Kultur zu gewinnen, in der das Gemeinwohl des Bezirkes im Vordergrund steht und nicht kurzfristiger parteipolitischer Geländegewinn.

*Michael Grunst,
Bezirksvorsitzender DIE LINKE. Lichtenberg*

Licht am Ende des Tunnels?

Harald Wolf stellte in seinem Redebeitrag die Zustände in Europa in den Mittelpunkt und trat damit all den Lügen und Beschwichtigungen entgegen, die gegenwärtig im Umlauf sind. Die Sparpolitik wird in immer neue vermeintliche Rettungspakete verpackt. Die Rede Wolfs ist von ihm selbst gekürzt.



Die Europawahlen am 25. Mai sind auch eine Abstimmung über die Europapolitik der Bundeskanzlerin Merkel und der sogenannten Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds. Der Tiefpunkt der Eurokrise sei erreicht, „Licht am Ende des Tunnels“ sei zu sehen – so konnte man zu Beginn des Jahres aus Regierungskreisen und in der veröffentlichten Meinung hören.

Die harten wirtschaftlichen Fakten sprechen allerdings eine andere Sprache: Die Arbeitslosigkeit in Griechenland und Spanien liegt über 25 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit bei über 50 Prozent – eine ganze Generation junger Menschen ist ohne Perspektive. Die Ausgaben für den privaten Konsum in Griechenland sind um 27 Prozent gesunken, ähnlich dramatisch ist die Lage in Spanien und Portugal. Das ist Resultat der von Bundesregierung und Troika verordneten Politik der Lohnsenkung, des Abbaus sozialer Sicherungssysteme und der Privatisierung in den sogenannten „Krisenländern“. In Griechenland z. B. wurden 2012 die Mindestlöhne um 22 Prozent und die Löhne und Gehälter im Öffentlichen Dienst 2010 um bis zu

20 Prozent gesenkt, bis 2013 nochmals um weitere 17 Prozent. In Portugal wurden sie um mehr als 15 Prozent reduziert. Die Troika verordnete auch Eingriffe in das Tarifsysteem mit dem Ziel seiner Aufweichung: In Spanien sank die Zahl der Beschäftigten, die unter einen Tarifvertrag fielen, von 12 Millionen im Jahr 2008 auf 4,6 Millionen im Jahr 2013, in Griechenland sank die Zahl der Branchentarifverträge von 65 im Jahr 2010 auf heute nur noch 14. Im Gefolge sind die Arbeitslöhne seit 2007 um sage und schreibe 40 Prozent gesunken!

Diese von Bundesregierung und der Troika verordnete Rosskur mit der damit verbundenen Verelendung breiter Bevölkerungsschichten im Süden Europas sollte der notwendige Preis für die wirtschaftliche Gesundung dieser Länder sein. Aber das Gegenteil ist der Fall: Die Investitionen in diesen Ländern gehen weiter zurück. Sie liegen heute in Griechenland um zwei Drittel niedriger als 2007. Gleichzeitig ist der Anteil der Staatsschulden an der griechischen Wirtschaftsleistung nicht gesunken – wie von Merkel und Co. erwartet –, sondern auf 176 Prozent gestiegen. Das ist nicht verwunderlich: Wenn durch rigide Sparpolitik die Einkommen der arbeitenden Bevölkerung drastisch beschnitten und die Staats- und Sozialausgaben radikal gekürzt werden, sinkt das verfügbare Einkommen und damit auch die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen der Unternehmen. Als Konsequenz des sinkenden Absatzes ihrer Produkte entlassen Unternehmen Beschäftigte und versuchen die Lohnkosten weiter zu senken und reduzieren ihre Investitionen. Die Folge sind Arbeitslosigkeit, sinkende Steuereinnahmen und eine weiter ansteigende Staatsverschuldung – so dreht sich diese Spirale immer weiter nach unten.

Die Koalitionsvereinbarung der Großen Koalition aus CDU und SPD schreibt diese Politik fort. Hatte die SPD noch im Vorfeld der Wahlen gefordert, in der Eurokrise nicht nur Sparpolitik zu betreiben, sondern auch Wachstumsimpulse zu setzen, ist davon in der Koalitionsvereinbarung nichts mehr zu sehen. Die SPD hat die Merkelsche Europapolitik kritiklos übernommen – so wie sie schon allen „Rettungspaketen“ im Interesse der Banken in der letzten Legislaturperiode zugestimmt hat. Diese Politik gefährdet den Zusammenhalt in Europa – eine deutsche Politik, die den Ländern Südeuropas eine Sparrunde nach der anderen verordnet und damit massenhaft Armut und Verelendung produziert wird Europa auseinandertreiben

Nur DIE LINKE solidarisch

Die Strategie für die im Mai anstehenden Europawahlen in Deutschland kämpft gemeinsam in den verschiedenen Parteien für einen Politikwechsel. Europa ist die Hauptversammlung des Bezirksverbandes der Gewerkschaften. Die Parteien nahmen sich mit unterschiedlichen Ansätzen an. Die Gewerkschaften dokumentiert diese Beiträge in Auszüge

und alte Feindschaften wieder auferstehen lassen. Die Perspektivlosigkeit in diesen Ländern hat bereits zu einem Erstarken rechts-populistischer und rechtsradikaler Parteien geführt. In Deutschland ist mit der AfD eine Partei entstanden, die antieuropäische Reflexe und eine arbeitnehmerfeindliche Politik vertritt.

DIE LINKE dagegen tritt für ein solidarisches Europa ein. Nicht die weitere Kürzung der Löhne und der Abbau des Sozialstaates in den Krisenländern ist die Lösung, sondern ein europäisches Investitionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung. Wir wollen keine weiteren Rettungspakete, die allein den Banken nutzen, sondern eine Stützung der wirtschaftlichen Entwicklung in den sogenannten Krisenländern. Die Gewinner der Krise müssen zur Finanzierung herangezogen werden – über eine höhere Besteuerung der Reichen und eine Vermögensabgabe. Dazu gehören auch eine Stärkung der Binnen-nachfrage in Deutschland – durch einen Mindestlohn in Höhe von mindestens zehn Euro, die Bekämpfung prekärer Beschäftigung, höhere Löhne durch eine Stärkung des Tarifsystems und öffentliche Investitionen in Infrastruktur, die Energiewende, das Gesundheits- und Bildungswesen.

Denn die Politik der Agenda 2010 mit der damit verbundenen Lohnsenkung und dem Abbau sozialer Leistungen hat auch im Euro-Raum einen Druck auf die Löhne und öffentlichen Ausgaben ausgeübt. Deshalb ist eine Stimme für die LINKE bei den Europawahlen eine Stimme für eine solidarische und soziale Lösung der Eurokrise und gegen die deutsche Agenda-Politik und ihre Übertragung auf Europa.

LINKKE steht für ein nes Europa

len Europawahlen steht: DIE LINKE der Familie der europäischen Linkspoliti-ppa war auch Thema der vergangenen des der LINKEN. Zwei Redebeiträge sätzen des Themas an. „info links“ gen.

Nach der Wahl ist vor der Wahl

In seinem Redebeitrag formulierte Dr. Bernd Ihme die Gründe, weshalb er sich entschlossen hatte, sich der Wahl zum Delegierten des 4. Parteitag der Partei DIE Linke zu stellen. „info links“ veröffentlicht die Rede in einer vom Vortragenden gekürzten Form.

Noch sind wir mit den Wahlergebnissen der Bundestagswahl beschäftigt, da stehen bereits die nächsten Wahlen an. Die Wahlkampf vorbereitung für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 beginnt jetzt. Die Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler zur Bundestagswahl erwies sich als ein Problem und ich gehe davon aus, dass die Mobilisierung zur Europawahl noch schwieriger wird. Deshalb sollten wir schon jetzt in den Basisorganisationen beginnen, darüber nachzudenken und zu diskutieren, wie wir mehr Wählerinnen und Wähler für unsere Partei gewinnen können.

Ich gehe davon aus, dass „kämpferische“ Wahllosungen allein nicht ausreichen werden. „Banken an die Ketten legen“, „Finanzhaie enteignen“, „Sofort raus aus der NATO“, „Rüstungsproduktion und Waffenhandel sofort beenden“, „EU neu gründen“ – das klingt alles konsequent und zeitgemäß. Erreichen wir aber damit wirklich ein breites Spektrum der Wählerinnen und Wähler für eine wirklich alternative Europapolitik?

Viele Wählerinnen und Wähler denken nicht in größeren Zusammenhängen, sondern entscheiden oft aus aktuellen Stim-

mungen, die besonders von den Medien bedient werden. Was wir dringend brauchen, sind nachvollziehbare Argumente zu unseren politischen Positionen, die ausgehend von der realen politischen Situation verdeutlichen, über welche konkreten Schritte und Wege wir unsere Ziele zu erreichen gedenken. Nicht über lange Grundsatzklärungen sind Menschen für unsere Politik zu gewinnen. Ansatzpunkt müssen die alltäglichen Sorgen, Fragen und Probleme unserer Nachbarn, Kollegen, Bekannten, Freunde und Verwandten sein. Der Kritik der Zustände müssen Vorschläge für greifbares Handeln folgen.

Immer wieder sollten wir deutlich machen, worin das politische Profil der LINKEN besteht und mit welchen politischen Part-



Foto: privat

nern (Parteien, Bewegungen, Organisationen) wir zur Bewältigung welcher Fragen und Probleme zusammenarbeiten wollen. Klar werden müssen wir uns auch darüber, mit welchen gesellschaftlichen Widersprüchen und Konflikten wir dabei konfrontiert werden und wo Kompromisse möglich sind und wo nicht.

Mit der Erarbeitung wirksamer, nachvollziehbarer, realistischer Argumentationen zu den Kernfragen des Europawahlkampfes, sollten wir ab sofort auf allen Ebenen der Partei beginnen.

Auf unserem Parteitag im Februar in Hamburg stehen Wahlprogramm und Wahlstrategie zu den Europawahlen auf der Tagesordnung. Ich wünsche mir ein realistisches, auf wenige Schwerpunkte konzentriertes, überzeugendes und verständliches Wahlpro-

gramm. Voraussetzung dafür ist, dass wir klar und deutlich zum Ausdruck bringen, welche linke Europapolitik wir anstreben. Dazu besteht in der Partei aus meiner Sicht noch erheblicher Klärungsbedarf.

Wovon gehen wir in unserer Europapolitik für die nächsten vier bis fünf Jahre aus, und was wollen wir in diesem Zeitraum bewirken? Lehnen wir den gegenwärtigen Zustand der EU insgesamt und ohne Wenn und Aber ab? Bedeutet linke Europapolitik in erster Linie eine Politik der Anklage und des Protestes? Ist die Forderung, die EU neu zu gründen, realistisch? Geht es uns um eine Politik der kleinen Schritte, gar der Anpassung? Oder wollen wir mit linker Politik in der EU gestaltend wirken, und wie stellen wir uns das konkret vor?

Fragen über Fragen, auf die wir nicht mit einfachen, populistischen Antworten reagieren können. Ich halte es nach wie vor mit dem „Strategischen Dreieck“ für linke Politik: Protest – Gestaltungsanspruch – Transformation zu einer neuen Qualität von Gesellschaft. Diese Momente zu einer überzeugenden Politik zu verbinden ist bisher von der LINKEN noch nicht wirklich eingelöst worden. Darin besteht eine der Herausforderungen an uns.

Auch in diesem Wahlkampf gilt es unbedingt, die Ausstrahlungskraft der LINKEN zu vergrößern und bei den Wählerinnen und Wählern das Vertrauen in unsere Politik zu befördern. Die Vielfalt und Mannigfaltigkeit der Ideen, Überlegungen und Vorschläge, die es in unserer Partei ebenso gibt wie den Pluralismus, sollten wir als Gewinn betrachten und schöpferisch nutzen. Dazu gehören Streit und produktive Auseinandersetzungen. Streitereien aber darüber, wer der wahrhaftigste und konsequenteste Verfechter linker Politik ist, jegliche Art von Beserwisserei, Unterstellungen, Verunglimpfungen, von Strömungs- und individuellen Machtkämpfen sind in keiner Weise hilfreich. Im Gegenteil, sie haben in der Öffentlichkeit eine abschreckende Wirkung und sind schnellstens zu überwinden.

Nehmen wir uns jetzt die Zeit für das Erarbeiten und Diskutieren durchdachter Formulierungen und überzeugender Argumente. Es geht in Vorbereitung auf den Europawahlkampf also nicht nur um Klärungen zu unserer Europapolitik – es geht auch um uns, um das Profil unserer Partei, um die Glaubwürdigkeit und die Ausstrahlungskraft ihrer Politik.

Da gibt es noch sehr viel zu tun – packen wir es an!



Mietspiegel mitgestalten

Der nächste Berliner Mietspiegel erscheint im Frühjahr 2015. Mit der Vorbereitung wurde bereits begonnen. Sie beinhaltet auch eine Überprüfung und Aktualisierung der Wohnlagenzuordnung in einfache, mittlere und gute Wohnlage.

Damit künftig Mieterinnen und Mieter stärker ihre Änderungswünsche einbringen können, müssen sie Kenntnis von diesem Recht erhalten, was offensichtlich bisher ungenügend erfolgte. Der Berliner Mieterverein e.V. (BMV) hat dazu ein Infoblatt „Wohnlagenfestlegung im Mietspiegel“ herausgegeben. Es enthält auf der Rückseite einen Antrag zum Ausfüllen. Das Info-Blatt 202 kann in allen Beratungsstellen des BMV und an folgenden Orten abgeholt werden.

- montags von 9–11 Uhr im Stadtteilzentrum „IKARUS“, Wandlitzstraße 13,
- dienstags von 17–19 Uhr im Kieztreff „Undine“, Hagenstraße 57–60,
- mittwochs von 17–19 Uhr im Kiezclub „Magnet“, Strausberger Straße 5,
- montags, mittwochs von 10–12 Uhr und 17–19 Uhr, dienstags, donnerstags von 17–9 Uhr, freitags von 9–15 Uhr, samstags von 9–13 Uhr im Beratungszentrum Frankfurter Allee in der Jessnerstraße 4 (U- und S-Bhf. Frankfurter Allee)
- in der Geschäftsstelle der LINKEN, Alfred-Kowalke-Straße 14.

Lieselotte Bertermann

Bürgerkommune beerdigt

Seit zwei Jahren ist es um die Bürgerkommune Lichtenberg ruhig geworden. Daher hat Hendrikje Klein in einer Kleinen Anfrage das Bezirksamt dazu befragt. Die Antwort: Die AG Bürgerkommune gibt es nicht mehr, das Logo wird nicht mehr verwendet und der Flyer ebenso nicht. Der Grund wird gleich im ersten Satz der Antwort deutlich: „Die AG Bürgerkommune war eine der Arbeitsgruppen der letzten Wahlperiode.“ Diese endete 2011 und damit wohl auch die Gültigkeit des Konzeptes „Lichtenberg auf dem Weg zur Bürgerkommune“ von 2009.

Hendrikje Klein, Sprecherin für Bürgerbeteiligung, erklärt hierzu: „Es ist bedauerlich, dass der neue Lichtenberger Bürgermeister an dieses Konzept nicht anknüpft. Es ist schade um die Arbeit, die von vielen Ehrenamtlichen erbracht wurde. Ein gemeinsames Gremium von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung für ein Partizipationsmanagement gibt es nicht mehr.“

Lichtenberg hat sich seit 2001 intensiv um die Entwicklung zur Bürgerkommune gekümmert. 2008 wurde dafür die AG Bürgerkommune eingerichtet, und ein BVV-Beschluss forderte das Bezirksamt auf, eine Konzeption vorzulegen.

Die ersten fünf Projekte, die 2011 das Signet „Bürgerkommune Lichtenberg“ bekommen haben, waren die Ersten und gleichzeitig auch die Letzten.

● **Infos:** Hendrikje Klein: 01511/274 96 82

Bürgersprechstunden

- **Evrin Sommer**, Wahlkreis 1, ☎ 23 25 25 59, nach telefonischer Vereinbarung
- **Wolfgang Albers**, Wahlkreis 2, ☎ 23 25 25 51, nach telefonischer Vereinbarung
- **Marion Platta**, Wahlkreis 3, ☎ 23 25 25 50, 12. Februar, 17 Uhr, LibeZem, Rhinstraße 9
- **Sebastian Schlüsselburg**, Wahlkreis 4, ☎ 0157/83 55 81 39, 27. Februar, 17 Uhr, Alfred-Kowalke-Straße 14
- **Katrin Lompscher**, Wahlkreis 5, ☎ 23 25 25 08, 13. Februar, 17 Uhr, Bürgertreff, Münsterlandstraße 33
- **Harald Wolf**, Wahlkreis 6, ☎ 23 25 25 07, 17. Februar, 17 Uhr, Stadtteilzentrum „iKARUS“, Wandlitzstraße 13

Wir kommen auch gern zu Versammlungen von Ortsverbänden, BO oder zu Kiezveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle der LINKEN in der Alfred-Kowalke-Straße 14 hat wie folgt geöffnet:

- Montag und Mittwoch: 10–17 Uhr
- Dienstag und Donnerstag: 13–20 Uhr
- Freitag: 10–14 Uhr

Veranstaltungen

- **Montag, 10.2., 18 Uhr**
Basistreffen zur Europawahl, mit Martina Michels, MdEP, und Dominic Heilig; „Kiezspinne“, Schulze-Boysen-Str. 38
- **Wochenende, 15./16.2.**
Europaparteitag und Vertreterversammlung der LINKEN, CCH, Hamburg
- **Sonntag, 16.2., 10 Uhr***
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Kapitalismus ohne Ende?“, mit Prof. Harry Nick
- **Mittwoch, 19.2., 17 Uhr***
Tipps und Hinweise zu Wohnen und Mieten, mit Dr. Lieselotte Bertermann
- **Freitag, 21.2., 10 Uhr***
Tipps und Hinweise zu Wohnen und Mieten, mit Dr. Lieselotte Bertermann

Veranstaltungsort: * Alfred-Kowalke-Straße 14

+++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++

Preis für Zivilcourage

Der Eigentümer des Hauses in der Lückstraße 58 und die Projektgruppe „Birken aus Auschwitz Birkenau“ sind die Empfänger des Lichtenberger „Preises für Demokratie und Zivilcourage 2013“. Die jungen Leute aus den Jugendfreizeiteinrichtungen Leos Hütte und Welseklub sicherten ihren Gedenkort mehrfach gegen braune Schändungen. Vermieter Hans-Joachim Goerke hatte sich mit juristischen Mitteln erfolgreich gegen getarnte rechtsextremistische Mieterschaft durchgesetzt. Der 2008 von der Partei DIE LINKE eingeführte Preis wird jährlich vergeben.

→ Siehe auch: <http://goo.gl/Fe8CEk>

Schulbroschüre

Die neue Broschüre „Weiterführende all-gemeinbildende Schulen in Lichtenberg“ für das Schuljahr 2014/2015 ist jetzt erschienen. Sie ist im Schul- und Sportamt (Große-Leege-Straße 103) oder als Download erhältlich (<http://goo.gl/feLgSb>).

Bürgerfonds FAN eröffnet

15 000 Euro stehen 2014 für Vorhaben im Rahmen des Bürgerfonds Frankfurter Allee Nord (FAN) zur Verfügung. Das Geld kann für Projekte beim FAN-Beirat im Rathaus Lichtenberg beantragt werden. Im vergangenen Jahr wurde u.a. der Förderverein Stadtbad Lichtenberg e.V. unterstützt.

„Wir werden immer wieder die Koalition kontrollieren“

Gesine Löttsch wurde am 15. Januar 2014 zur Vorsitzenden des einflussreichen Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages gewählt. Den Vorsitz bekommt immer die stärkste Oppositionspartei im Bundestag. Von der Fraktion DIE LINKE war Gesine Löttsch einstimmig für dieses Amt vorgeschlagen worden. „infolinks“ hat mit ihr gesprochen.

● Ist die Wahl einer linken Abgeordneten zur Vorsitzenden des Haushaltsausschusses ein historisches Ereignis?

Das werden einmal die Historiker bewerten. Es ist auf jeden Fall bemerkenswert, dass eine Linke einen der wichtigen Ausschüsse des Bundestages leitet. Man darf ja nicht vergessen, dass uns ein CSU-Generalsekretär dies vor zwei Jahren noch verbieten wollte. Das war natürlich absurd, verfehlte aber nicht seine Wirkung in der Öffentlichkeit. DIE LINKE ist eine demokratische Partei, die im Parlament Verantwortung übernimmt. Diese Botschaft kommt bei den Bürgerinnen und Bürgern an.

● Was hast Du Dir als Ausschussvorsitzende vorgenommen?

Wir erleben im Bundestag eine Übermacht der Großen Koalition. Eine wichtige

Frage ist doch, wie diese Regierung überhaupt kontrollierbar ist. Die Kontrollmöglichkeiten der Parlamentarier werden immer geringer. Ich will als Ausschussvorsitzende alles tun, damit Abgeordnete aller Fraktionen alle parlamentarischen Möglichkeiten haben, um die Regierung zu kontrollieren. Das ist leider keine Selbstverständlichkeit. Wir haben es während der Großen Koalition (2005–2009) erlebt, dass die Regierung mit einer gewissen Überheblichkeit den Haushaltsausschuss nicht mehr so ernst nehmen wollte. Das darf sich nicht wiederholen. Die Abgeordneten der Koalition werden meine Unterstützung brauchen.

● Welches ist das größte Problem, das Ihr im Haushalt zu lösen habt?

Der Koalitionsvertrag hat einen schwerwiegenden Konstruktionsfehler. Die SPD hat im Wahlkampf Steuergerechtigkeit versprochen und nach der Wahl auf höhere Steuereinnahmen verzichtet. Dieser Verhandlungsfehler der SPD wird sich bitter rächen. Schon in den ersten Tagen der neuen Regierung war klar, dass das nicht gut gehen wird. Frau Nahles möchte Milliarden Steuergelder für die Finanzierung der Rente mit 63. Der Finanzminister lehnt das natürlich mit Verweis auf den Koalitionsvertrag ab. Wir werden die Koalition im Haushaltsausschuss immer wieder kontrollieren, ob sie ihre Mehrausgaben ohne höhere Steuern und höhere Neuverschuldung finanzieren kann. Ich habe da meine Zweifel.



Foto: DIE LINKE

Gesine Löttsch wurde am 15. Januar 2014 als erste Linke in der Geschichte des Deutschen Bundestages zur Vorsitzenden des mächtigen Haushaltsausschusses gewählt.

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

● Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 99 27 07 25, oder im Bundestag, ☎ 22 77 17 87; E-Mail: gesine.loetzsch@wk.bundestag.de

● **Sprechstunde:** 25.2., 17 Uhr, Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5 (Um Anmeldung wird gebeten!)

Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!

Zahl des Monats: 3,5 Prozent

Es trifft nicht nur Schumacher und Merkel. Es ist Tagesgeschehen, auch bei der Truppe in Afghanistan: Sportverletzungen. Eine Anfrage an die Bundesregierung von Gesine Löttsch brachte Erstaunliches zutage. Im Jahr 2011 (nur bis dahin wurden Verletzungsarten detailliert aufgeschlüsselt) gab es 3631 verletzte ISAF-Soldaten. „Nur“ 128 von ihnen, also jeder 30. bzw. 3,5 Prozent, erlitten ihre Verletzung jedoch durch die Einwirkung von Schusswaffen. 40 Prozent durch Unfälle und 15 Prozent, also 554 Soldaten, durch sportliche Betätigung.

So viele Sportverletzungen im Einsatz an der Front? Die Zahlen bestätigt ein Artikel der „Süddeutschen Zeitung“. Unter dem Titel „Abgekapselt und nutzlos“ beschreibt der Journalist Rupert Neudeck eindrücklich, wie sich die Bundeswehr mit Kunduz den sichersten Ort in ganz Afghanistan zur Stationierung ausgesucht hat. Sein Flughafen liegt gar auf exterritorialem Gebiet. 85 Prozent der deutschen Soldaten in Afghanistan haben „nie Berührung mit einem normalen Afghanen auf der Straße“. Die Folgen seien Langeweile und exzessiver Sport.

„Was will eine Bundeswehr in Afghanistan, die so gar nichts tut – und wenn sie etwas tut, gibt es 140 Tote, die kaum beklagt werden, denn es sind ja nicht unsere Toten, und der Oberst (Oberst Klein – Anm. d. Red.) wurde General?“, fragt Neudeck und resümiert: „Die Bundeswehr war nie wirklich in Afghanistan. Sie hat dort nichts bewirkt. Deutschland sollte künftig auf solche Einsätze verzichten.“

Dem muss und kann man sich unumwunden anschließen. DIE LINKE fordert seit Jahren als einzige Partei „Bundeswehr raus aus Afghanistan!“ *Dr. Tinko Hempel*



Schnelle und starke Frauen in Sotschi dabei



Am 7. Februar beginnen in Sotschi die 22. Olympischen Winterspiele. Mit dabei werden voraussichtlich auch elf Sportlerinnen und Sportler aus Berlin in den drei Sportarten Eisschnelllauf, Eiskunstlauf und Eishockey sein. Sie alle trainieren im Olympiastützpunkt auf dem Gelände des Sportforums in Hohenschönhausen.

Das Sportforum entstand bereits 1954 und war zu DDR-Zeiten einer der wichtigen Trainingsorte des DDR-Leistungssports. In den siebziger Jahren trainierten hier viele Eiskunstläuferpaare, die international überaus erfolgreich waren und mehrere Weltmeistertitel errangen. In den Achtzigern machten dann die Eisschnellläufer Hohenschönhausen zu einer Schmiede für Olympisches Gold. Seit 1960 gewannen neun Berlinerinnen und Berliner Goldmedaillen bei Olympischen Winterspielen. Alle waren Eisschnellläuferinnen und -läufer aus Hohenschönhausen. Angeführt wird diese Liste von Claudia Pechstein, die insgesamt viermal Olympisches Gold gewann.

Heute beherbergt das Sportforum den größten Olympiastützpunkt Deutschlands. Unter Experten gilt er wegen der komplexen physiotherapeutischen, sportmedizinischen, sportpsychologischen, sozialen und trainingswissenschaftlichen Betreuung der

Die Eislaufhalle in Hohenschönhausen

Sportlerinnen und Sportler als besonders innovative Athletenschmiede in Europa.

Und so sagt der Olympiastützpunktleiter, Dr. Harry Bähr, voller Stolz: „Berlin ist auch ohne Skipisten und Rodelbahnen ein echter Wintersportort: 18 Medaillen seit 1988 bei Olympischen Winterspielen – darunter zehn goldene – sind eine großartige Bilanz für einen Flachland-Olympiastützpunkt.“ Berlin heißt eigentlich Hohenschönhausen.

Experten rechnen bereits mit zwei Medaillen für unsere Sportlerinnen und Sportler in Sotschi. Claudia Pechstein will ihre zehnte Olympiamedaille im Eisschnelllauf holen. Große Hoffnungen liegen auch auf der Eisschnelllaufsprinterin Jenny Wolf. Sie holte bereits Silber bei den Olympischen Winterspielen in Vancouver 2010. Weltklasse sind auch der Eisschnellläufer Samuel Schwarz, der Eiskunstläufer Peter Liebers und das Eistanzpaar Tanja Kolbe/Stefano Caruso. Und im Eishockey haben sich diesmal sogar die Frauen qualifiziert. Man merke sich: Sportlerinnen geben in diesem Jahr ganz klar den Ton an.

Für Olympia drücken wir den Sportlerinnen und Sportlern made in Hohenschönhausen die Daumen!
Robert Sommer

Kultur im Bezirk

- **Sonntag, 9.2., 17 Uhr**
Orgelkonzert und Führung mit Prof. Klaus Eichhorn; Kirche „Zur frohen Botschaft“, Weseler Straße 6
- **Montag, 10.2., 20 Uhr, Sonnabend, 15.2., 20 Uhr**
Jazz Treff Karlshorst: Birgitta-Flick-Quartett; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, Eintritt: 9 €
- **Mittwoch, 12.2., 18 Uhr**
„725 Jahre Lichtenberg“, Veranstaltung mit Professor Jürgen Hofmann; Egon-Erwin-Kisch-Bibliothek, Frankfurter Allee 149, Eintritt: 1 €
- **Freitag, 14.2., 14 Uhr**
„Wenn IHR nicht NEIN sagt. Aus dem Leben und Werk von Wolfgang Borchert“, literarisch-musikalischer Nachmittag mit Otto Stroppe; Volkssolidarität Lichtenberg, Einbecker Straße 85, Eintritt: 3 €
- **Montag, 17.2., 18 Uhr**
Aus der Reihe „geDRUCKtes“: „Verdammte Deutsche“, Lesung mit Gerhard Seyfried und Dr. Gesine Löttsch, MdB; Karl-Liebnecht-Haus (Anmeldung: gedrucktes@die-linke.de)
- **Dienstag, 18.2., 19 Uhr**
Zimmertheater Karlshorst: „Tcke, dette, kieke mal ... – Berliner in Love“; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, Eintritt: 6 €, mit Berlinpass 3 €
- **Sonnabend, 22.2., 16 Uhr**
Premiere: „Mr. Gum und der fettige Ingo“, **Sonntag, 23.2., 16 Uhr**, Lesung mit dem Autor Andy Stanton; Theater an der Parkaue, Parkaue 29
- **Freitag, 28.2., 20 Uhr**
„Fügungen II“, Kurzgeschichten von Silke Riemann, Saxophon: Burkhard Schmidt; Weites Theater, Parkaue 23
- **Sonnabend, 1.3., 20 Uhr**
Venezianischer Maskenball; Schloss Friedrichsfelde, Am Tierpark 125, Eintritt: 25 €
- **Ausstellungen**
→ Elke Daemrlich: Malerei und Grafik; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99, bis 12.3.
→ Harf Zimmermann: Schwarzweiß-Fotografien; Mies van der Rohe Haus, Oberseestraße 60, bis 9.3.
→ „Vielfalt“, Halina Hildebrand (Fotografie) und Michail Schnittmann (Malerei), Eröffnung: Freitag, 28.2., 19 Uhr; studio im hochhaus, Zingster Straße 25, bis 11.5.

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Kathrin Gerlof

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: (030) 512 20 47

Fax: (030) 51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 1/14: 3.2.2014

Die nächste Ausgabe erscheint am 6.3.2014

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 19.2.2014

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.